

Interessengruppen und Verbände

in Großbritannien und Schweden

Patrick Bernau, 2003-01-24

Hausarbeit

für das Proseminar

„Vergleichende Analyse der
politischen Systeme Europas“
(Leitung: Dr. Udo Diedrichs)

angestrebte Scheinart:
Proseminar-Schein

<http://www.patrick-bernaue.de/>
bern@patrick-bernaue.de

Volkswirtschaftslehre sozialwissen-
schaftlicher Richtung, 1. Semester

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Hintergründe der Verbandssysteme	2
2.1. Politische Systeme.....	2
2.2. Geschichte der Verbandssysteme.....	2
2.3. Verbände und Interessengruppen in Staat und Gesellschaft.....	2
3. Arbeitsbeziehungen	3
3.1. Tarifverhandlungen.....	3
3.2. Gewerkschaften.....	4
Struktur.....	4
Schwächung in beiden Ländern.....	4
Vom Staat übernommene Aufgaben.....	5
3.3. Unternehmensverbände.....	5
4. Andere wichtige Verbände.....	6
4.1. Soziales und Wohlfahrt	6
4.2. Natur- und Umweltschutz	6
4.3. Agrarverbände	7
4.4. Sonstige.....	7
5. Einfluss der Verbände auf die Politik.....	7
5.1. Gesetzgebungsprozess	7
5.2. Regierung und Verwaltung	8
5.3. Parteien.....	8
5.4. Abgeordnete.....	9
6. Fazit	10

Anhang

Regierungen in Großbritannien und Schweden.....	11
Großbritannien (seit 1970)	11
Schweden (seit 1969).....	11
Abkürzungen.....	12
Literatur	13

1. Einleitung

Ein Politikstudent an der Kölner Universität lernt spätestens im zweiten Semester: Großbritannien ist ein Prototyp der Konkurrenz-Demokratie, in der politische Entscheidungen vom Wettbewerb zwischen den Parteien dominiert werden, Schweden ist ein Musterbeispiel für Konsens-Demokratie, in der Entscheidungen durch Verhandlungen und Kompromisse getroffen werden.

Interessengruppen wollen nach Peter Massing „die Interessen ihrer Mitglieder (...) im polit. Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zur Geltung bringen.“ (2002: 210f) Demzufolge sind sie Teil des politischen Entscheidungsprozesses. In dieser Hausarbeit will ich untersuchen, ob sich die Entscheidungsformen Großbritanniens und Schwedens in den Verbandssystemen dieser beiden Staaten widerspiegeln.

Ich werde den Schwerpunkt dieser Arbeit daher auf die Untersuchung des Einflusses von Verbänden und Interessengruppen auf politische Entscheidungen in diesen beiden Ländern legen und dabei vor allem die in vielen Ländern aktivsten Interessengruppen berücksichtigen: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Ich werde erst auf die politischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergründe der Verbandssysteme eingehen, um anschließend Gewerkschaften und Unternehmerverbände in den beiden Ländern zu vergleichen. Um das Bild von der Verbändelandschaft in den beiden Ländern zu vervollständigen, werde ich in einem nächsten Abschnitt die Interessengruppen in weiteren ausgewählten Politikfeldern vergleichen. Sodann vergleiche ich die Einflussmöglichkeiten, die Verbände in den beiden Ländern haben, um schließlich ein Fazit ziehen zu können.

Kirchen und kirchliche Verbände werde ich nicht berücksichtigen, da sie ihren Hauptzweck nicht in der Beeinflussung politischer Entscheidungen haben. Ich werde mich außerdem auf die nationale Ebene beschränken, also auf die Untersuchung regionaler oder kommunaler Einflusstrukturen verzichten.

Literatur über Großbritannien ist in Form von Monographien und Beiträgen mehr als reichlich vorhanden. Literatur über Schweden, vor allem über die aktuelle Situation dort, ist schwieriger zu finden. Einige Zeitschriftenartikel und Buchbeiträge gibt es aber auch zu diesem anerkannten Wohlfahrtsstaat.

2. Hintergründe der Verbandssysteme

2.1. Politische Systeme

Die politischen Systeme, die den Verbandssystemen zu Grunde liegen, unterscheiden sich zwischen Großbritannien und Schweden deutlich: In Großbritannien, dem Musterbeispiel für Konkurrenzdemokratie, wechseln sich zwei dominierende Parteien an der Regierung ab (Konservative und Labour). Regierungen haben klare Mehrheiten und weit reichende Befugnisse. Oft wird das britische System als Wahldiktatur bezeichnet. (Sturm 1999a: 225ff, 233ff)

Demgegenüber wird im politischen System Schwedens besonderer Wert auf Konsens und Verhandlung gelegt. Im Riksdag (Reichstag), dem Parlament, sind sieben Parteien regelmäßig vertreten. Minderheitsregierungen sind an der Regel; die schwedischen Regierungsparteien zwischen 1920 und 1994 hatten durchschnittlich 41,5 Prozent der Reichstagsabgeordneten hinter sich. Die meisten Regierungen, zwischen 1936 und 1976 alle, wurden von der Sozialdemokratischen Partei (SAP) geführt. Ihre Hegemonie schwächt sich allerdings langsam ab. Nach 1976 haben auch konservative Parteien die Regierung gestellt. Bei der Reichstagswahl 1998 musste die SAP mit 36,4 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1920 hinnehmen und auch die 40 Prozent aus der jüngsten Wahl 2002 sind kein herausragendes Ergebnis für die SAP. (Jahn 1999: 93, 97; Lewin 1998: 196; www.sweden.gov.se)

2.2. Geschichte der Verbandssysteme

In beiden Ländern reichen die Anfänge säkularer Verbände bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Doch während Gewerkschaften und Abstinenzlerbewegung in einem undemokratisch verfassten Schweden Anfang des 20. Jahrhunderts die Bildung einer demokratischen Zivilgesellschaft förderten – Bernd Henningsen sieht die Volksbewegungen als „Revolutionssubstitut“ (1986: 236) –, wurden in Großbritannien viele Verbände erst auf staatliche Anregung hin gegründet. So förderte die Labour-Regierung Wilson 1965 die Vereinigung von drei Unternehmerverbänden zur „Confederation of British Industry“ (CBI). (Götz 2001: 382; Kaiser 1998: 225; Plöhm 2001: 180f)

2.3. Verbände und Interessengruppen in Staat und Gesellschaft

Entsprechend ihrer langen Tradition sind Verbände auch in den Gesellschaften verankert. Von den Schweden zwischen 16 und 80 Jahren gehören mehr als 90% einer Interessengruppe an, durchschnittlich ist jeder Schwede Mitglied in drei Organisationen. Auch in Großbritannien stehen Verbände auf einer breiten Mitgliederbasis. Dies gilt zwar nur eingeschränkt für

Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Einige Natur-, Umwelt- oder Verbraucherschutzorganisationen erreichen aber Mitgliederzahlen von einer Million und mehr, während alle britischen Parteien zusammen höchstens 700 000 Individualmitglieder haben. (Kaiser 1998: 232; Jahn 1999: 111; Sturm 1999b: 14, 28)

Im pluralistischen Großbritannien existieren häufig mehrere Interessengruppen in einem Politikfeld, die miteinander konkurrieren. Wenn Dachverbände existieren, haben sie wenig Einfluss auf ihre Mitglieder. Anders im auf Interessenausgleich und Integration bedachten Schweden: Hier schließen sich konkurrierende Interessengruppen häufig zusammen; Verbände mit ähnlichen, aber nicht gleichen Zielen bilden häufig koordinierende Dachverbände. (Henningsen 1986: 231; Götz 2001: 387; Plöhn 2001: 171ff)

Dem Prinzip des Korporatismus und Interessenausgleichs entsprechend haben Verbände in Schweden Verfassungsrang: Streik- und Aussperrungsrecht sind gewährleistet, außerdem ist vorgesehen, dass Verbände staatliche Aufgaben übernehmen können. In Großbritannien gibt es überhaupt keine gesetzlichen Regelungen für Verbände. Nur die Koalitionsfreiheit ergibt sich indirekt aus der europäischen Menschenrechtskonvention. (Götz 2001: 381, 384; Plöhn 2001: 169f; www.oefre.unibe.ch)

3. Arbeitsbeziehungen

3.1. Tarifverhandlungen

Gewerkschaften und Arbeitgeber genießen in beiden betrachteten Ländern Tarifautonomie. In Großbritannien werden die Tarife meist in den Betrieben ausgehandelt, wenn es überhaupt Tarifverträge gibt. 1990 wurden nur noch zehn Prozent aller Arbeitnehmer aufgrund eines von Gewerkschaften ausgehandelten industrieweiten oder regionalen Tarifvertrags entlohnt, 50 Prozent ohne Tarifvertrag. Die restlichen 40 Prozent erhielten ihr Entgelt auf Grund von Firmenverträgen, die betriebliche Vertrauensleute der Gewerkschaften ausgehandelt hatten. Diese „shop stewards“, einer pro Gewerkschaft in jedem Betrieb, werden von den Arbeitgebern bezahlt. Sie fungieren gleichzeitig als Sprecher der Belegschaft, sind somit schwer zu koordinieren und verfolgen nur selten einheitliche Linien innerhalb einer Branche oder Gewerkschaft. (Kaiser 1999b: 29; Kastendiek 1998: 338; Plöhn 2001: 174)

In Schweden handelten der Arbeitgeber-Dachverband SAF und der Gewerkschaftsbund LO dagegen von den 50er Jahren bis in die 80er zentrale Rahmentarifverträge aus. Dabei berücksichtigten sie auch die Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft. Grundlage dieser Verhandlungen war das Abkommen von Saltsjöbaden 1938, in dem sich die Tarifparteien auf einen Re-

gelkodex einigten und aus dem sich eine anhaltende Konsensorientierung ergab, der „Geist von Saltsjöbaden“. In den 80er Jahren haben die Arbeitgeber allerdings die zentralen Tarifverhandlungen aufgebrochen und durch Einigungen auf Branchenebene ersetzt. (Hartmann 1985: 129; Henningsen 1986: 245f; Lash 1985: 218)

3.2. Gewerkschaften

Struktur

Gewerkschaften sind in Großbritannien ähnlich pluralistisch organisiert wie andere Interessengruppen. „craft unions“, die einzelne, gelegentlich auch mehrere Berufe abdecken, „industrial unions“, die ihr Betätigungsfeld in einer bestimmten Branche sehen, und einheitsgewerkschaftlich ausgerichtete „general unions“ existieren nebeneinander. Oft sind in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften vertreten („multi unionism“). Angesichts einer so fragmentierten Organisationsstruktur hat der Gewerkschafts-Dachverband, der „Trade Union Congress“ (TUC), nur geringen Einfluss auf die Politik der einzelnen Gewerkschaften, obwohl er rund 84 Prozent aller britischen Gewerkschaftsmitglieder repräsentiert. Anders in Schweden: Dort gibt es zwar drei Dachverbände. Aber die Gewerkschaften sind seit den 70er Jahren durchweg nach Branchen organisiert. Die Politik des größten Dachverband, des „Landsorganisationen i Sverige“ (Schwedischer Gewerkschaftsbund, LO), gilt nicht nur für seine Mitglieder, sondern strahlt auch auf die anderen Gewerkschaftsbünde aus. Dabei steht die LO für eine Lohnpolitik der Gleichheit, möglichst geringe Unterschieden zwischen den Einkommensgruppen und Branchen sowie für Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Lage. (Götz 2001: 388; Jahn 1999: 111ff; Kaiser 1998: 229; Kastendiek 1998: 338; Marshall 1996: 844; Plöhn 1999: 174)

Schwächung in beiden Ländern

Die beiden kleineren schwedischen Dienstleistungs-Gewerkschaftsbünde, die „Tjänstemännens centralorganisation“ (Zentralorganisation der Angestellten und Beamten, TCO) und die „Sveriges akademikers centralorganisation“ (Zentralorganisation der schwedischen Akademiker, SACO), positionieren sich jedoch zunehmend konträr zum LO. Sie etablierten in den 80er Jahren statt der Privatwirtschaft den öffentlichen Dienst als Tarifführer. (Marshall 1996: 846f)

Auch in Großbritannien wurde der Gewerkschaftsbund geschwächt, dort allerdings durch die Regierung. Nachdem die Schulterchluss-Politik der Labour Party unter Premierminister James Callaghan Ende der 70er Jahre endgültig gescheitert war, schränkte die konservative Regierung Thatcher den Einfluss des TUC auf ihre Politik ein und schwächte die Position der Gewerkschaften in Tarifverhandlungen zwischen 1980 und 1993 in einer Reihe von sechs, für sich genommen kleinen, Schritten deutlich. Die Reformen schränkten das Streikrecht ein

und stärkten die Rechte des einzelnen Mitglieds gegenüber der Gewerkschaft. So durften Gewerkschaften gegen Mitglieder, die nicht streiken wollten, keine Sanktionen mehr erlassen. Darüber hinaus wurden Gewerkschaften für die Folgen illegaler Streiks haftbar. Vereinbarungen, nach denen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft Voraussetzung für Neueinstellungen in einem Betrieb ist („closed shops“), wurden erst eingeschränkt und schließlich ganz abgeschafft. In einem einjährigen Streik der Bergarbeitergewerkschaft NUM („National Union of Mineworkers“) gegen diese Reformen 1984/85 konnte sich die NUM nicht durchsetzen. An der Thatcher'schen Gewerkschafts-Politik hat auch der zurzeit regierende Labour-Premierminister Tony Blair nichts Grundsätzliches geändert. Vor seiner ersten Amtszeit sagte er 1997 im Wahlkampf: „Even after the changes the Labour Party is proposing in this area, Britain will remain with the most restrictive trade union laws in the western world.“ (Blair: No Return to the Strike-bond 70s, in: Daily Mail, 1997-06-23, zitiert nach Kastendiek 1998: 349) (Bielstein/Kaiser 1990: 104ff; Kastendiek 1998: 341ff; Plöhn 2001: 175)

Mit der politischen Schwächung der britischen Gewerkschaften ging der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft einher, der die Mitgliederbasis der Gewerkschaften schwächte. So haben die britischen Gewerkschaften heute noch einen Organisationsgrad von rund 30 Prozent (1979: 54%). Dieser ist im europäischen Vergleich zwar überdurchschnittlich, reicht aber nicht an den schwedischen heran, der heute noch bei rund 80 Prozent liegt. (Kaiser 1999b: 30; www.eiro.eurofound.ie/2001/06/feature/SE0106105F.html)

Vom Staat übernommene Aufgaben

In Schweden spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle im „Genter Modell“ der Arbeitslosenunterstützung, bei dem Arbeitslose Geld aus staatlich finanzierten Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften erhalten.

3.3. Unternehmerverbände

Die Einflussunterschiede der Unternehmerverbände zwischen Großbritannien und Schweden ähneln denen der Gewerkschaften. Wichtigster Unternehmerverband in Großbritannien ist die „Confederation of British Industry“ (CBI), zu der sich 1965 mit personeller Unterstützung durch die Labour-Regierung unter Harold Wilson drei Unternehmerverbände zusammenschlossen. Allerdings ist die CBI ähnlich schwach wie der Gewerkschaftsbund TUC. Organisationsstruktur und interne Abläufe werden von Wyn Grant und David March als „somewhat chaotic“ beschrieben (The Confederation of British Industry, London u.a. 1977, zit. nach Kaiser 1998: 228). André Kaiser diagnostiziert ein „Gewirr von Repräsentationskanälen gegenüber der Politik“ (1998: 228). Viele Unternehmen haben einen eigenen Zugang zur Politik.

In Schweden dagegen hat der „Svenska arbetsgivarföreningen“ (Schwedischer Arbeitgeberverband, SAF) eine ähnlich starke Position wie die LO. Einige Branchen wie Banken, Versicherungen oder Verlage sind nicht Mitglied im SAF. Zweitstärkster Unternehmerverband ist der „Sveriges industriförbund“ (Schwedischer Industrieverband, SI). Er beschäftigt sich nicht mit Arbeitsmarktpolitik, sondern nur mit der Vertretung der Interessen von Großunternehmen gegenüber der Politik. Der Einfluss des SI reicht aber nicht an den des SAF heran, weil viele große Unternehmen auch SAF-Mitglieder sind. (Götz 2001: 389f; Hartmann 1985: 132ff)

Der SAF verfolgte bis in die 70er Jahre eine konsensorientierte Politik zentraler Tarifverhandlungen und kam den Gewerkschaften auf dem Feld solidarischer, also möglichst gleicher, Gehälter weit entgegen. Er versprach sich davon Lohnzurückhaltung und wirtschaftlichen Frieden. Den Konsens zu verweigern wäre außerdem nur von begrenztem Nutzen gewesen, denn der SAF sah sich auf absehbare Zeit einer sozialdemokratischen Regierung gegenüber. Mit der ersten konservativen Regierung, zunehmend durch gegenseitige Konkurrenz geschwächten Gewerkschaften und liberaleren internationalen Märkten – auch nach dem schwedischen EU-Beitritt 1995 – wurde der SAF offensiver. Eine Folge davon war das Aufbrechen der zentralen Tarifverhandlungen. (Immergut 2002: 241; Marshall 1996: 844, 848)

4. Andere wichtige Verbände

4.1. Soziales und Wohlfahrt

Während sich im Wohlfahrtsstaat Schweden der Staat um die sozialen Fragen kümmert, wodurch Wohlfahrtsverbänden wenig zu tun bleibt, werden soziale Dienste in Großbritannien häufig von Verbänden und privaten Organisationen geleistet. (Götz 2001: 390; Plöhn 2001: 180)

4.2. Natur- und Umweltschutz

Natur- und Umweltschutzverbände haben in Großbritannien eine lange Tradition. So stammen acht Tierschutzorganisationen aus dem 19. Jahrhundert. Nicht weniger etabliert sind Verbände für Schutz und Planung von Landschaft und städtebaulichem Kulturgut: Der „National Trust“ hat 2,4 Millionen zahlende Mitglieder. Die älteren Natur- und Umweltschutzorganisationen gehören zu den „insider groups“, die Zugang zur Regierung haben (s.u.). Neuere Verbände wie Greenpeace betreiben hingegen mehr Öffentlichkeitsarbeit. In Schweden wurden neue soziale Bewegungen wie die Umweltbewegung häufig ins politische System inkorporiert. So verschwand der außerparlamentarische Protest gegen Kernenergie, weil sich die SAP

für ein Referendum aussprach. Radikale Tendenzen werden durch diese Konsensbildung marginalisiert. (Jahn 1999: 116; Plöhm 2001: 180ff)

4.3. Agrarverbände

Die Bauernverbände in den beiden Ländern organisieren ihren Einfluss unterschiedlich: Die britische National Farmers' Union (NFU) hat traditionell gute Kontakte zum „Ministry of Agriculture, Fisheries and Food“ (MAFF). Davon profitiert die NFU auch innerhalb der Europäischen Union, denn das MAFF vertritt auf europäischer Ebene meist eine Position, die es gemeinsam mit dem NFU erarbeitet hat. Wegen der engen Kooperation wird das MAFF auch innerhalb der Regierung kritisiert. (Hartmann 1985: 210; Kaiser 1998: 229f)

In Schweden sind die Ortsgruppen des „Lantbrukarnas riksförbund“ (Zentralverband der Landwirte, LRF) denen der Zentrumspartei personell meist sehr ähnlich. Bis 1958 ist die Zentrumspartei, die eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen ist, bei Reichstagswahlen als „Bauernverband“ angetreten. Der LRF spricht allerdings keine Wahlempfehlungen aus. (Hartmann 1985: 218; Götz 2001: 390)

4.4. Sonstige

In Schweden spielt die traditionsreiche Abstinenzler-Bewegung nach wie vor eine Rolle. Die „Svenska nykterhetssällskapet“ (Schwedische Abstinenzgesellschaft) war 1830 der erste reichsweite Verband in Schweden. Heute gibt es viele verschiedene Abstinenz-Verbände, zum Beispiel einen Abstinenzlerverband der Arbeiterbewegung und einen Abstinenzverband der Kraftfahrer. Zwar schwächt sich der Einfluss der Anti-Alkohol-Bewegung nach und nach ab, doch stehen ihr nach wie vor überdurchschnittlich viele Reichstagsabgeordnete nahe. (Götz 2001: 382, 393)

5. Einfluss der Verbände auf die Politik

5.1. Gesetzgebungsprozess

Während Interessengruppen in Großbritannien keinen direkten Einfluss während des Gesetzgebungsverfahrens haben, stellen „Königliche Kommissionen“ für schwedische Verbände ein wichtiges Mittel der Einflussnahme im Schwedischen Modell dar. Diese Kommissionen bestehen aus Beamten, Abgeordneten und Verbandsvertretern und treten zusammen, noch bevor die Ministerialverwaltung eine Formulierung für das geplante Gesetz erarbeitet. Die Kommissionen sollen möglichst viele Interessen schon am Anfang in den Gesetzgebungspro-

zess einbinden, um Kompromisse zu ermöglichen. Häufig leiten die Kommissionen ein „Remiss-Verfahren“ in die Wege: Dabei die Gesetzesvorhaben allen betroffenen Verwaltungen und Interessengruppen zur Stellungnahme vorgelegt. Rund 15 Prozent der Initiativen scheitern im Remissverfahren. Seit den 80er Jahren werden in Schweden allerdings weniger und kleinere Kommissionen eingesetzt, um die Entscheidungen zu beschleunigen. (Henningsen 1986: 250f; Götz 2001: 396; Jahn 1999: 101ff)

5.2. Regierung und Verwaltung

An der Einflussnahme auf Regierung und Verwaltung zeigt sich der britische Verbändepluralismus sehr deutlich: Interessengruppen werden unterteilt in „insider groups“, die von der Regierung regelmäßig konsultiert werden, und „outsider groups“, die zur Regierung keinen Zugang haben. Auch „insider groups“ haben als Ansprechpartner im Ministerium meistens hierarchisch relativ niedrig stehende Sachexperten. „Insider status“ zu erhalten, ist für einen Verband meist nicht besonders schwierig. Weil dadurch aber viele Interessengruppen „insider groups“ sind, haben die einzelnen Verbände auch als „Insider“ wenig Einfluss. Traditionell verzichten „insider groups“ weitgehend auf Öffentlichkeitsarbeit, weil die Regierung Wert auf Diskretion legt. Auch „insider groups“ wenden sich allerdings seit den 80er Jahren immer häufiger an die Öffentlichkeit. (Kaiser 1998: 226; Plöhn 2001: 171, 186)

Die britische Regierung kann beratende Ausschüsse in verschiedenen Formen einberufen. „Royal Commissions“ haben den stärksten Einfluss; es folgen „departmental committees of inquiry“ und „advisory committees“. Wie häufig die Regierung solche Ausschüsse einberuft, hängt vom Politikstil des Premierministers ab. In den letzten Jahren wurden „Royal Commissions“ oft für Sachfragen einberufen, die sich parteipolitischer Auseinandersetzung entzogen. (Plöhn 2001: 186; news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/258929.stm)

Schwedische Verbände haben direkteren Kontakt zu Regierung und Verwaltung: Einerseits haben sie ausgeprägten Kontakt zur Ministerialbürokratie, andererseits stellten Verbände bis 1992 etwa ein Fünftel der ehrenamtlichen Vorstände öffentlicher Verwaltungen. 1992 schaffte die Bürgerliche Regierung diese Form der Zusammenarbeit ab, nachdem die Arbeitgeberseite sich daraus zurückgezogen hatte. In der Praxis ist der Anteil von Verbandsvertretern in den Vorständen bis 1997 allerdings kaum zurückgegangen. (Götz 2001: 396)

5.3. Parteien

Dass Parteien für britische Interessengruppen ein wichtigerer Einflussfaktor sind als für schwedische, zeigt sich unter anderem an der Parteienfinanzierung. Während schwedische

Parteien zum größten Teil durch den Staat finanziert werden, sind britische Parteien abhängig von Spendern: Conservatives von Unternehmen und wohlhabenden Privatpersonen, Labour von den Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaften. Dennoch haben sowohl Margaret Thatcher als auch Tony Blair die Unabhängigkeit ihrer Politik von den Wünschen der jeweiligen Großspender demonstriert. (Jahn 1999: 110; Plöhn 2001: 188f)

Vorläufer der Labour Party ist das „Labour Representation Committee“, das 1900 vom TUC als politischer Arm gegründet worden war. Noch heute zahlen viele Mitglieder 22 britischer Gewerkschaften in „political funds“ ein, aus denen die jeweilige Gewerkschaft Kollektivmitgliedschaften in der Labour Party finanziert. Die Gewerkschaftsdelegierten stellen heute die Hälfte der Stimmen auf Parteitag und ein Drittel der Stimmen in dem Wahlgremium, das den Parteiführer wählt. Bis zur Labour-Parteireform 1993 hatten die Gewerkschaftsführungen deutlich stärkeren Einfluss durch „block votes“ mit höherem Gewicht nach den Mitgliederzahlen ihrer Gewerkschaften. Im Zuge der Reform, die aus „Old Labour“ „New Labour“ machte und die der Parteivorsitzende Neil Kinnock 1983 nach dem Scheitern der Allianz der späten 70er Jahre (s.o.) angestoßen hatte, wuchs die Distanz zwischen Labour und den Gewerkschaften auch in anderen Bereichen. So setzte Tony Blair 1995 durch, dass die Verstaatlichungsforderung aus dem Parteistatut gestrichen wurde. (Plöhn 2001: 174; Sturm 1999b: 16f; www.labour.org.uk/getdataattached.php?fileid=10035)

In Schweden wurde die Kollektivmitgliedschaft zwischen LO und SAP bereits 1990 vollständig abgeschafft. (Jahn 1999: 110)

5.4. Abgeordnete

Firmen und Verbände haben intensiven Kontakt zu britischen Abgeordneten. Weil diese schlecht ausgestattet sind, werben die Interessengruppen nicht nur mit Informationen um die Gunst der Abgeordneten, sondern stellen etwa auch Büros und Sekretariate für fraktionsübergreifende „all party groups“ zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist die „cash for questions“-Affäre zu nennen: 1989 wurde unter anderem bekannt, dass einige Abgeordnete Honorare für parlamentarische Anfragen oder Initiativen erhalten hatten. Auf Grund des geringen Einflusses der britischen Abgeordneten sind sie für Verbände allerdings hauptsächlich bei längerfristigen Anliegen wichtig. (Kaiser 1998: 233f; Plöhn 2001: 186)

Schwedische Abgeordnete werden für Verbände als Ansprechpartner zunehmend interessant. Mit der Entkorporatisierung Schwedens gehen zunehmende Lobbyaktivitäten der Verbände einher, vor allem von Seiten der LO. Viele Reichstagsmitglieder sind oder waren Funktionäre in Verbänden. (Götz 2001: 397f)

6. Fazit

Konkurrenz- und Konsens-Demokratie spiegeln sich in den Verbandssystemen von Großbritannien und Schweden in vielfältiger Weise wieder. Zwar haben Verbände in beiden Gesellschaften eine breite Basis, doch zeigen sich Unterschiede an vielen Stellen: Im Großbritannien der Konkurrenz-Demokratie konkurrieren etwa Gewerkschaften durch „multi unionism“ noch im Betrieb um Einfluss und Mitglieder, während im Schweden der Konsens-Demokratie sogar die Integration verschiedener Branchengewerkschaften von Dachverbänden geleistet wird. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Unternehmerverbänden. Tarifverhandlungen in Großbritannien sind Element der Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften; im schwedischen „Geist von Saltsjöbaden“ achten die Tarifparteien bei ihren Vereinbarungen auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. In Schweden sind Gelegenheiten zum Interessenausgleich an vielen Stellen im politischen System gegeben – vom Remiss-Verfahren in der Gesetzgebung bis zu Verbandsvertretern in Verwaltungsvorständen –, während sich britische Verbände erst ihre Position als „insider group“ erkämpfen müssen und dann von der Konsultationsbereitschaft der Regierung abhängig sind. Schließlich haben Verbände in Schweden Verfassungsrang, in Großbritannien ist selbst die Koalitionsfreiheit nur indirekt anerkannt.

Der Vergleich der beiden Verbandssysteme zeigt allerdings einen Trend in beiden Ländern, unabhängig von den Einflussstrukturen: einen Trend der Entkorporatisierung und Schwächung der Gewerkschaften. In Schweden zeigt sich dieser Trend am Aufbrechen der zentralen Tarifverhandlungen, der Zurückdrängung der „Königlichen Kommissionen“, und dem Verlassen der Verwaltungsvorstände durch die Arbeitgeberseite. Das „schwedische Modell“ wankt. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich ebenfalls in Großbritannien, auch wenn Verbände dort nie wie in Schweden „fünfte Staatsmacht“ waren: Die Gewerkschaften werden seit den 80er Jahren sowohl gesamtstaatlich als auch in der Labour Party aus alten Einflussbereichen gedrängt. Auch in der zunehmenden Öffentlichkeitsarbeit britischer „insider groups“ zeigt sich der Trend zur Entkorporatisierung.

Die Gründe sind in beiden Ländern ähnlich: Der wirtschaftsstrukturelle Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft zerstört gewerkschaftsnahe Milieus oder verändert zumindest die Anforderungen an die Gewerkschaften. Zudem haben Nationalstaaten weniger Gelegenheit zum Protektionismus angesichts liberalisierter Märkte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Anhang

Regierungen in Großbritannien und Schweden

Großbritannien (seit 1970)

Premierminister	Partei	Amtszeit	Parl. Mehrheit (Mandate)
Edward Heath	Conservatives	1970-1974	30
Harold Wilson	Labour	1974	-33
Harold Wilson	Labour	1974-1976	3
James Callaghan	Labour	1976-1979	3
Margaret Thatcher	Conservatives	1979-1983	43
Margaret Thatcher	Conservatives	1983-1987	144
Margaret Thatcher	Conservatives	1987-1990	102
John Major	Conservatives	1990-1992	102
John Major	Conservatives	1992-1997	21
Tony Blair	Labour	1997-2001	179
Tony Blair	Labour	2001-	165

(nach Sturm 1999: 226; www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2001/rp01-054.pdf)

Schweden (seit 1969)

Ministerpräsident	Koalition	Amtszeit	Parl. Mehrheit (Mandate)
Olof Palme (SAP)	SAP	1969-1970	17
Olof Palme (SAP)	SAP	1970-1973	-24
Olof Palme (SAP)	SAP	1973-1976	-38
Thorbjörn Fälldin (CP)	CP; M; FP	1976-1978	11
Ola Ullsten (FP)	FP	1978-1979	-271
Thorbjörn Fälldin (CP)	CP; M; FP	1979-1981	1
Thorbjörn Fälldin (CP)	CP; FP	1981-1982	-145
Olof Palme (SAP)	SAP	1982-1985	-17
Olof Palme (SAP)	SAP	1985-1986	-31
Ingvar Carlsson (SAP)	SAP	1986-1988	-31
Ingvar Carlsson (SAP)	SAP	1988-1991	-37
Carl Bildt (M)	M; CP; FP; KDS	1991-1994	-9
Ingvar Carlsson (SAP)	SAP	1994-1996	-27
Göran Persson (SAP)	SAP	1996-1998	-27
Göran Persson (SAP)	SAP	1998-2002	-87
Göran Persson (SAP)	SAP	2002-	-61

VP: Linkspartei / SAP: Sozialdemokratische Arbeiterpartei / FP: Liberale Volkspartei / CP: Zentrumspartei / M: Moderate Sammlungspartei / KDS: Christdemokratische Sammlungspartei / MP: Die Grünen (eigene Berechnungen nach Jahn 1999: 98, 108; www.sweden.gov.se/systemofgov/governments/overview.htm)

Abkürzungen

CBI	Confederation of British Industry
LO	Landsorganisationen i Sverige (Schwedischer Gewerkschaftsbund)
LRF	Lantbrukarnas riksförbund (Zentralverband der Landwirte)
MAFF	Ministry of Agriculture, Fisheries and Food
NFU	National Farmers' Union
SAF	Svenska arbetsgivarförbundet (Schwedischer Arbeitgeberverband)
SAP	Socialdemokratiska arbetarepartiet (Sozialdemokratische Arbeiterpartei)
SACO	Sveriges akademikers centralorganisation (Zentralorganisation der schwedischen Akademiker)
SI	Sveriges industriförbund (Schwedischer Industrieverband)
TCO	Tjänstemännens centralorganisation (Zentralorganisation der Angestellten und Beamten)
TUC	Trade Union Congress

Literatur

- Bielstein, Klaus / Kaiser, André, 1990: Zwischen Kataklysmus und Kalkül. Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften in der Ära Thatcher, in: Roland Sturm (Hg.), Thatcherismus – Eine Bilanz nach zehn Jahren, Bochum, S. 97-128
- Hartmann, Jürgen, 1985: Verbände in der westlichen Industriegesellschaft. Ein international vergleichendes Handbuch, Frankfurt/Main
- Henningens, Bernd, 1986: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden
- Jahn, Detlef, 1999: Das politische System Schwedens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen, S. 93-127
- Götz, Norbert, 2001: Schweden. Korporatismus und Netzwerkkultur, in: Werner Reutter / Peter Rütters (Hg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen, S. 381-403
- Immergut, Ellen, 2002: The Swedish Constitution and Social Democratic Power: Measuring the Mechanical Effect of a Political Institution, in: Scandinavian Political Studies, Nr. 3, S. 231-257
- Kaiser, André, 1998: Verbände und Politik, in: Hans Kastendiek / Karl Rohe / Angelika Volle (Hg.), Länderbericht Großbritannien, Bonn, S. 224-238
- Kastendiek, Hans, 1998: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Hans Kastendiek / Karl Rohe / Angelika Volle (Hg.), Länderbericht Großbritannien, Bonn, S. 331-357
- Lash, Scott, 1985: The End of Neo-corporatism? [sic!] The Breakdown of Centralised Bargaining in Sweden, in: British Journal of Industrial Relations, Nr. 23, S. 215-239
- Lewin, Leif, 1998: Majoritarian and Consensus Democracy: the Swedish Experience, in: Scandinavian Political Studies, Nr. 3, S. 195-206
- Massing, Peter, 2002: Interessengruppen, in: Dieter Nohlen (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, München
- Marshall, Mike, 1996: The Changing Face of Swedish Corporatism: The Disintegration of Consensus, in: Journal of Economic Issues, Nr. 3, S. 843-858
- Plöhn, Jürgen, 2001: Großbritannien. Interessengruppen im Zeichen von Traditionen, sozialem Wandel und politischen Reformen, in: Werner Reutter / Peter Rütters (Hg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen, S. 169-196
- Sturm, Roland, 1999a: Das politische System Großbritanniens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen, S.217-253
- Sturm, Roland, 1999b: Großbritannien, in: Informationen zur politischen Bildung, 262